

# Präsident Jokowi und die Agrarkrise

von  
Ahmad Rifai

**Am vergangenen Samstag, den 24. September 2016 haben die Indonesierinnen und Indonesier, besonders die in der Landwirtschaft tätigen, den 56. Nationalfeiertag der Bäuerinnen und Bauern begangen. Das Ereignis, vor 56 Jahren, stellt einen Meilenstein in den Bemühungen dar, der Welt zu zeigen, dass wir souverän sind über unser Land. Dieser Meilenstein ist die Verabschiedung des Gesetzes Nr. 05/1960 über die Grundlagen der Landwirtschaft, die offiziell die Gesetze der niederländischen Kolonialmacht von 1870, die auch als Agrarische Wet<sup>1</sup> bekannt waren, ablösten.**

Das neue Gesetz von 1960 war eine Implementierung des Paragraphen 33 der Verfassung von 1945 und verpflichtete den Staat, die Besitz- und Nutzungsrechte des Landes zu den größten Nutzen des Volkes zu regeln, sowohl in Bezug auf individuellen Landbesitz als auch auf solchen, der von einer Gemeinschaft ausgeübt wird. Das beinhaltete auch, dass AusländerInnen kein Land mehr besitzen durften und Konzessionen, die noch aus der Kolonialzeit stammten, verloren. Außerdem wurden mit dem Gesetz die feudalen Besitzverhältnisse Stück für Stück zurückgedrängt. Es ging im neuen Gesetz darum, die Bäuerinnen und Bauern in ihren Rechten zu stärken und diese zu erweitern. Dieses Gesetz basierte auch auf dem Gesetz 2/1960 über die Verteilung der Agrarprodukte, sowie auf dem Regierungserlass 56/1960, der die Grenzen für kleinst- und größtmöglichen Landbesitz festlegt.

Das Gesetz von 1960 markierte den Beginn einer Landreform, die Teil der indonesischen Revolution war. Sukarno sagte, die indonesische Revolution ohne Landreform sei wie ein Gebäude ohne Fundament, ein Baum ohne Stamm, nichts als inhaltsleeres Gerede.

## Präsident Jokowi und die Agrarreform

Vor kurzem gab der amtierende Präsident Jokowi eine Weisung an den Landwirtschaftsminister Amran Sulaiman, der auch Vorsitzender der nationalen Landwirtschaftsbehörde ist, im großen Umfang Zertifizierungen von Landrechten durchzuführen. Jokowi glaubt auch, dass eine Agrarreform eine neue Art sein kann, Armut und soziale Ungleichheit zu bekämpfen, besonders auf dem Lande.

Außerdem hofft Jokowi, dass die Agrarreform ein neuer Weg sein kann, die Landkonflikte zwischen lokaler Bevölkerung einerseits und Unternehmen und Staat andererseits zu lösen. Das impliziert ein Programm, das Zugang zu Land garantiert durch Umverteilung von Land, vor allem von Land dessen

Nutzungsrechte nicht verlängert worden sind, brachliegendem Land und die Freigabe von Land für den Nutzen der Menschen.

Die Weisung Jokowi wurde umgesetzt, indem dem Vorsitzenden des Präsidentenstabs ein Mandat erteilt wurde, einen Entwurf zu erstellen für eine landesweite Implementierung einer Agrarreform zwischen 2016–2019, in dessen Rahmen auch neun Millionen Hektar Land an das Volk umverteilt werden sollten. Dieses Land wurde in verschiedene Kategorien eingeteilt:

1. Land, das schon Besitzer hat, aber Gegenstand von Auseinandersetzungen ist zwischen der Bevölkerung einerseits und Unternehmen oder der Regierung andererseits, sowie Land, das von der lokalen Bevölkerung beansprucht wird, aber deren Landbesitz noch nicht offiziell zertifiziert ist.
2. Land, das Gegenstand einer Agrarreform ist, um es gezielt der armen Landbevölkerung zu übergeben.
3. Land, das gemeinsam von lokalen Gemeinschaften bearbeitet und organisiert wird.

Für die neun Millionen Hektar, die Gegenstand der Agrarreform sind, hat das Landwirtschaftsministerium bereits Land identifiziert, 0.6 Millionen Hektar Land von TransmigrantInnen, die für das Land noch keine Besitzurkunden haben, 3.9 Millionen Hektar Staatsland, 0.6 Millionen Hektar Staatsland, das an Unternehmen verpachtet wurde dessen Pachtverträge auslaufen sowie 4.1 Millionen Hektar Wald, der freigegeben wird für die Landreform.

## Jokowis Agrarreform in Gefahr

Jokowi weckte einige Hoffnungen, dass im Rahmen einer Agrarreform auch Menschen Zugang zu Land gewährt wird, die es bisher nicht haben. Doch es ist nicht sicher, dass die Agrarreform auch so umgesetzt wird, wenn Besitz- und Nutzungsrechte von Land und Agrarressourcen nicht so geregelt werden, um wirklich mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen.

Die Daten des Landwirtschaftsministeriums sagen zum Beispiel, dass von den 8.9 Millionen Hektar 40% der Ölpalmenplantagen von ausländischen Investoren betrieben werden. Ähnliches gilt auch für den ganzen Landwirtschafts- und Bergbausektor.

Ohne auch dieses Land zum Gegenstand einer Landreform zu machen, wird die Landreform Jokowi seine eigentliche Bedeutung verlieren. Auch sollte sich eine Landreform nicht nur mit der Umverteilung von Land befassen, sondern auch Programme beinhalten, die sicherstellen, dass das Land pro-

*Der Autor ist der Vorsitzende der Nationalen Bauerngewerkschaft (Serikat Tani Nasional [www.stn.or.id](http://www.stn.or.id)).*

*Aus dem Indonesischen übersetzt von Timo Duile*

duktiv bewirtschaftet wird, zum Beispiel durch die Sicherstellung von Zugang zu Investitionen, Technologie, Infrastruktur, Schulungen, Zugang zu Märkten und dergleichen.

Die Landreform sollte an das Gesetz von 1960 anknüpfen. Sie sollte auch unterstützt werden von einer Institution an der verschiedene Ministerien mitwirken. Zu Zeiten Sukarnos wurde beispielsweise das Landwirtschaftsministerium zu einer Institution, die sich mit Agrarangelegenheiten befasste und dann 1964 zum Koordinationsministerium wurde. Während des Dwikora-Kabinetts<sup>2</sup> umfasste es sechs einzelne Ministerien, nämlich das landwirtschaftliche Planungsministerium, das Plantagenministerium, das Waldministerium, Agrarministerium, das Ministerium für ländliche Entwicklung sowie das Bewässerungsministerium. Diese Institution führte nicht nur administrative Funktionen aus, sondern legte auch eine sozial gerechte Landwirtschaftspolitik fest.

Die Agrarreform, wie sie Jokowi plant, droht auch zu scheitern, weil es keinen Richtungswechsel in der Wirtschaftspolitik gab: Grundlage der indonesischen Wirtschaft ist immer noch der Liberalismus und wir sind noch nicht zurückgekehrt zur Pancasila und zur Verfassung von 1945. Das wird deutlich durch die Liberalisierung der Wirtschaft einschließlich des Agrarsektors. Dieser Liberalismus des Agrarsektors schafft Agrarkonflikte in fast jedem Winkel der Republik.

Die nationale Bauerngewerkschaft berät zur Zeit Bäuerinnen und Bauern, die Opfer von Agrarkonflikten wurden, beispielsweise in Nordsumatra, Riau, Südsumatra, Jambi, Zentraljava, Westjava, Ostjava, Yogyakarta, Zentralsulawesi, Nordsulawesi und Südost-Sulawesi. Daneben gibt es auch einige größere Konflikte um Land, beispielsweise jenen zwischen den anak dalam<sup>3</sup> und dem Bergbauunternehmen Asiatic Persada in Jambi, oder den Konflikt zwischen

Bäuerinnen und Bauern von Teluk Jembe Barat Karawang und dem Unternehmen Pertiwi Lestari.

Nach Zahlen des Landwirtschaftsministeriums lag die Zahl der Landkonflikte bis September 2013 bei 4.223 Fällen, bis 2012 waren es nur 1.888 Fälle. Die Zahl der beigelegten Fälle beläuft sich auf 2.014 Fälle, das sind 47,69%.

Aufgrund der oben erwähnten Probleme wäre es an der Zeit für Präsident Jokowi, einen landwirtschaftlichen Notstand auszurufen und die Landkonflikte in ganz Indonesien zu lösen – sowohl mit Bezug auf das Agrarreformgesetz aus dem Jahre 1960 sowie dem Paragraph 33 des Grundgesetzes von 1945.

Der Artikel erschien am 24. Oktober 2016 auf Indonesisch bei Indoprogress: <https://indoprogress.com/2016/10/presiden-jokowi-dan-situasi-darurat-agraria/>

### Anmerkung

- 1 In der Agrarische Wet wurden erstmals Landbesitzverhältnisse so geregelt, dass der koloniale Staat im großen Umfang als Landbesitzer auftrat: Alles Land, das nicht individuell besessen wurde oder von lokalen Gemeinschaften nicht intensiv bewirtschaftet wurde, wurde als staatliches Land deklariert. Dies wurde im unabhängigen Indonesien übernommen und führt bis heute zu zahlreichen Landkonflikten besonders zwischen indigenen Gemeinschaften, da deren Land als staatliches Land an Agrarkonzerne verpachtet werden kann.
- 2 Das Dwikora-Kabinettt bestand von August 1964 bis Februar 1966. Es wurde von Sukarno im Rahmen der »gelenkten Demokratie« (demokrasi terpimpin) gebildet und hatte gegenüber dem de facto entmachteten Parlament als Exekutive weitreichende Befugnisse.
- 3 Die anak dalam, die auch als kubu oder orang rimba bezeichnet werden, sind eine indigene Gruppe, die im Tiefland des südlichen Sumatras leben.